

20. Wahlperiode



# Deutscher Bundestag

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“

## Kurzprotokoll der 16. Sitzung

### Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“

Berlin, den 20. September 2023, 16:30 Uhr

Paul-Löbe-Haus, 4.800

Vorsitz: Ariane Fäscher, MdB

## Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

### Tagesordnungspunkt 1 Seite 7

Engagementstrategie des Bundesministeriums für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

### Tagesordnungspunkt 2 Seite 6

Verschiedenes



Mitgliederliste	Seite 3
Sprechregister Abgeordnete	Seite 4
Sprechregister sachverständige Gäste	Seite 5



## Mitgliederliste

	Ordentliche Mitglieder	Anwesenheit	Stellvertretende Mitglieder	Anwesenheit
SPD	Fäscher, Ariane Heselhaus, Nadine Lindh, Helge Malottki, Erik von	<input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>	Baldy, Daniel Döring, Felix Kreiser, Dunja Schierenbeck, Peggy	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
CDU/CSU	Edelhäuber, Ralph Nicolaisen, Petra Steiniger, Johannes	<input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>	Breilmann, Michael Janssen, Anne Lehrieder, Paul	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Fester, Emilia Loop, Denise	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>	Eckert, Leon Schulz-Asche, Kordula	<input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
FDP	Bauer, Nicole Gassner-Herz, Martin	<input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>	Seestern-Pauly, Matthias Tippelt, Nico	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
AfD	Huy, Gerrit	<input type="checkbox"/>	Reichardt, Martin	<input checked="" type="checkbox"/>
DIE LINKE.	Akbulut, Gökay	<input checked="" type="checkbox"/>	Reichinnek, Heidi	<input type="checkbox"/>



## Sprechregister Abgeordnete

	<b>Seite</b>
Abg. <b>Gökay Akbulut</b> (DIE LINKE)	<b>6, 10</b>
Abg. <b>Leon Eckert</b> (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	<b>10</b>
Abg. <b>Ralph Edelhäuser</b> (CDU/CSU)	<b>12, 15</b>
Abg. <b>Ariane Fäscher</b> (SPD)	<b>9, 12</b>
Abg. <b>Martin Gassner-Herz</b> (FDP)	<b>12</b>
Abg. <b>Martin Reichardt</b> (AfD)	<b>11, 13</b>
Abg. <b>Johannes Steiniger</b> (CDU/CSU)	<b>14</b>



## **Sprechregister sachverständige Gäste**

### **Seite**

**PSSt'in Dr. Bärbel Kofler**

Bundesamt für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

**7, 10, 12, 14, 15**

**Sandra Groß**

Bundesamt für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

**15**



## Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die **stellv. Vorsitzende** eröffnet die 16. Sitzung des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“ und heißt die Ausschussmitglieder sowie Zuhörer und Gäste herzlich willkommen. Sie äußert, dass Staatssekretärin Dr. Kofler noch im Plenum gebunden sei und sich deshalb um einige Minuten verspäte.

Mit dem Einverständnis der Abgeordneten zieht sie den Tagesordnungspunkt Verschiedenes vor. Sie tritt nunmehr in die Tagesordnung ein.

## Tagesordnungspunkt 2

### Verschiedenes

Die **stellv. Vorsitzende** erinnert an die Zuarbeiten für die kommende Sitzung des Unterausschusses.

Sie äußert, dass sie dann berichten könne, dass sie, Herr Edelhäußer und Frau Akbulut gerade am Brandenburger Tor gewesen seien. Dort sei die Demonstration der Freiwilligendienste mit ungefähr 1.500 Teilnehmern gewesen, die auf die angekündigten Kürzungen aufmerksam machten und wie viel strukturellen Schaden das in der Szene anrichten würde, auch mit dem Hinweis darauf, dass einmal weggebrochene Strukturen sich nicht ohne Weiteres wieder aufbauen ließen. Ein Drittel, rund 30.000 Plätze, seien von den Kürzungen bedroht. Sie hätten angekündigt, im parlamentarischen Verfahren dafür zu kämpfen, die Kürzungen zumindest zu mindern und zu versuchen, gerade im Kinder- und Jugendplan in den Freiwilligendiensten Kürzungen zu vermeiden.

Die jungen Menschen seien sehr davon bewegt, dass ihr Engagement nicht nur gesehen werde, sondern dass sie tatsächlich nach der Corona-Zeit eine Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe bekämen. Ein wichtiger Punkt auf der Demonstration sei gerade auch das Gehört- und Gesehenwerden in ihren Nöten und in ihren Bedarfen gewesen. Sie verträten hier gemeinschaftlich die Auffassung, dass Engagementförderung im Kern Demokratieförderung sei. Wo Ehrenamt im wertschätzenden Rahmen gelinge und wo Diskurs und

Gestaltung möglich seien, dort sei in der Regel auch eine feste demokratische Verankerung. Insofern würden sie mit dieser Bundesengagementstrategie versuchen, ihren Beitrag dazu zu leisten, dies gebührend in Gesellschaft und Politik zu verankern und den Ermöglichungsraum für die nächsten 15 Jahre zu schaffen.

Abg. **Gökay Akbulut** (DIE LINKE) berichtet, dass es am Tag der Ein- und Ausblicke eine Veranstaltung zu den Bürgerräten gegeben habe, bei der Menschen dabei gewesen seien, die bei vorherigen Bürgerräten mitgemacht hätten und von ihren Erfahrungen berichtet hätten. Der Tag sei sehr gut verlaufen. Sie hätten allgemeine Informationen dazu gehabt, was ein Bürgerrat sei und wie dieser zusammengesetzt sei. Sie hätten besprochen, welche Wirkungen das Ganze habe. Die Diskussion sei gut gewesen und es sei nochmal vorgestellt worden, wie das Instrument der Bürgerräte die parlamentarische Demokratie unterstütze.

Die **stellv. Vorsitzende** berichtet aus der vergangenen Koordinierungsrunde zur Bundesengagementstrategie. Dort säßen neben dem Familienministerium das Landwirtschaftsministerium und das Innenministerium, diverse Ländervertreter, die Deutsche Stiftung Engagement und Ehrenamt, das Netzwerk Bürgerschaftliches Engagement, das Bündnis für Gemeinnützigkeit und sie selbst als Vertreterin des Unterausschusses mit am Tisch.

Sie versuchten, den Prozess so zu strukturieren, dass alles eingesammelt, gehört und gut beraten werde. Das Familienministerium wolle bis zum Ende des Monats September die Sammlungsphase weitgehend abschließen. Eine Erstpräsentation sei zum Tag des Engagements am 5. Dezember geplant, und zwar im Rahmen einer BBE-Veranstaltung. Da würden die Abgeordneten sicherlich auch alle zu eingeladen. In der Runde habe das Ministerium eine kurze Zusammenfassung des bisherigen Inputs gegeben. Die bisher angelandeten Themen hätten sie und die anderen Vertreterinnen und Vertreter hoffnungsfroh gestimmt. Fast alle Themen, die sie hier im Laufe der Anhörungen im Unterausschuss gehört hätten, seien über die Vereine und Verbände angekommen und wahrgenommen worden und in interministeriellen Arbeitsgruppen laufe bereits die Arbeit.



Die Dinge, die ohne großen Aufwand auf der operativen Ebene in den Ministerien geklärt werden könnten, seien bereits jetzt in der Umstellung, beispielsweise Entbürokratisierungsfragen, Rechtsfragen oder Gemeinnützigkeitsrechtsfragen. Diese interministerielle Arbeitsgruppe tage sehr regelmäßig. Insbesondere die drei genannten Ministerien seien sehr eng miteinander im Benehmen. Aber auch das Justiz- und das Finanzministerium seien regelmäßig mindestens konsultativ dabei, sodass dieser Prozess schon jetzt eine Wirkung entfalte. Sie hätten am Anfang schonmal gesagt, dass ein Stück weit auch der Weg ein Ziel dieser Strategie sei. Das wirke jetzt schon gelingend.

Wenn sie sich mit Vertreter\*innen der Zivilgesellschaft unterhielten, wie zuletzt in einer Runde mit den Vorsitzenden der engagierten Stadt, insistierten diese darauf, dass sie nicht nur versuchten, Ergebnisse zu definieren, die sie erreichen wollten, sondern einen Prozess, dass sie Eckpfeiler einschlugen, dass sie Berichtsabschnitte, Nachbesserungsabschnitte und Evaluierungen einbauten, sodass sie über die nächsten 10, 15 Jahre gemeinsam der Zivilgesellschaft auf Basis dieser Strategie in der evaluierten Weiterentwicklung der Ziele und des Erreichten sein würden. Derzeit sei sie sehr hoffnungsfroh.

## Tagesordnungspunkt 1

### Engagementstrategie des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Die **stellv. Vorsitzende** begrüßt die Parlamentarische Staatssekretärin Dr. Bärbel Kofler im Unterausschuss und dankt dafür, dass sie sich die Zeit genommen habe, die Strategie des BMZ hier im Unterausschuss vorzustellen und anschließend darüber zu sprechen, wie ihnen die Verzahnung dieser beiden Strategien gelinge, sodass sie die bestmögliche Wirkung entfalten könnten.

PSSt'in **Dr. Bärbel Kofler** (BMZ) äußert, dass sie um Entschuldigung für ihr verspätetes Erscheinen bitte, sie habe noch auf der Regierungsbank sein müssen, das sei im Plenarablauf manchmal so. Sie freue sich, dass die Engagementstrategie des BMZ im Unterausschuss diskutiert werde. Sie glaube, dass das zu einem gesamten Bild des Engagements der Bürgerinnen und Bürger gehöre und dazu, zu gucken, was sie tun könnten, um dieses Engagement zu stärken, zu unterstützen und zu heben.

Für sie als BMZ sei es wichtig, dass sie den Engagierten, die sich einbringen wollten, um die mit den Sustainable Development Goals (SDGs) verankerten Ziele und Punkte in der Gesellschaft unterzubringen, den Rücken zu stärken und zu sehen, wie sie hier Engagement stützen könnten. Sie alle wüssten, dass zurzeit im Rahmen der UN-Generalversammlung auch die Debatte um die Nachhaltigkeitsziele laufe. Das sei von großer Bedeutung. Deshalb sei es auch von großer Bedeutung, hier zu sein und zu sehen, was sie an Potenzial in der Zivilgesellschaft heben könnten und wie sie gut miteinander arbeiten könnten.

Als BMZ hätten sie eine Vielzahl von Programmen für engagierte Menschen. Sie hätten auch einen systematischen Ansatz der Engagementförderung. Ihnen gehe es aber darum, zu sehen, wo sie besser werden könnten, um mehr Engagement anreizen zu können, mehr Engagement heben zu können. Mit Engagement Global hätten sie eine gut aufgestellte Servicestelle, die berate und zur



Qualifizierung und zur Vernetzung der Zivilgesellschaft beitrage. Sie hätten aber auch festgestellt, dass es Verbesserungsbedarf gebe und weitere Handlungsfelder und konkrete Schritte identifiziert werden müssten, um das Engagement gerade auch der im Eine-Welt-Bereich tätigen Menschen zu stärken und zu heben. Sie hätten Workshops durchgeführt, um diese Handlungsfelder herauszukristallisieren. Es sei also nicht allein auf dem Mist im Ministerium gewachsen, sondern sie hätten Bürger\*innenwerkstätten durchgeführt. Hier seien vier große Handlungsfelder definiert worden.

Das eine sei das Thema Diversität, neue Engagementformen. Sie wüssten, dass sich Menschen oft nur noch kürzer engagieren wollten oder manchmal bei bestimmten Themen, vielleicht aber nicht dauerhaft in einem Verein. Die Themen Digitalisierung und Achtsamkeit spielten eine große Rolle. Das habe viel mit der Wertschätzung der Menschen zu tun, die sich engagierten und wie sie mit diesen umgehen wollten.

Dies hätten sie in entsprechenden Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern diskutiert. Diese Ergebnisse seien auch in den Diskussionen genannt worden. Sie hätten daher fünf konkrete Schritte identifiziert, die sie mit der Strategie festlegen wollten und wo sie akuten Handlungsbedarf sähen.

Sie habe die Servicestelle Engagement Global genannt. Es gehe aber auch darum, dass alle Engagierten die Servicestelle kennen würden. Nur wer sie kenne, könne auch das Angebot nutzen. Es gehe darum, die Öffentlichkeitsarbeit der Servicestelle Engagement Global zu verändern und besser nutzbar zu machen für die vielen, die sich engagieren wollten.

Sie wollten die Datenlage zum entwicklungspolitischen Engagement deutlich verbessern. Sie sähen, dass sich viele Menschen entwicklungspolitisch engagierten. Sie wollten aber besser verstehen, wie sich die Vielfalt der Engagierten abbilde und wie man unterschiedlichen Gruppen der Engagierten passgenauere Angebote machen könne. Deshalb brauchten sie eine verbesserte Datenlage. Es gebe Studien, beispielsweise den sogenannten

Meinungsmonitor von „DEVal“, dem Evaluierungsinstitut der Entwicklungspolitik. Es sei vielleicht die Frage an die Kolleginnen und Kollegen hier, die sich mit dem Freiwilligensurvey 2024 des Familienministeriums beschäftigten, wie es möglich sei, hier stärker auf den internationalen Bereich einzugehen. Dazu habe es gestern auch Abstimmungsgespräche auf Fachebene gegeben.

Sie habe die Diversität im Engagement angesprochen. Diese sei ihnen wichtig und beginne natürlich auch mit den eigenen Gremien und Strukturen. Beispielsweise gehe es darum, jüngere Menschen anders hereinzunehmen. Die Themen der Austauschprogramme seien hier als Ansatz sehr wichtig, aber auch selbstverständlich die gleichberechtigte Teilhabe aller und verschiedenster Gruppen der Bevölkerung. Im Bereich des BMZ seien das zum Beispiel auch zahlreiche Diaspora-Gemeinden, die sich in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit und Freiwilligenarbeit engagierten und eine wichtige Perspektive und eine wichtige Rolle spielen könnten. Das sei auch Teil der von ihnen definierten und verstandenen feministischen Entwicklungspolitik. Es gehe darum, auch ihre eigenen Gremien zu durchleuchten, ob sie diese Vielfalt auch abbildeten und damit auch entsprechend für Engagierte signalisierten, dass sie offen für Engagierte in ihrer Vielfalt seien.

Ein vierter Schritt sei die Frage der Schaffung neuer Engagementformen. Die Engagementformen veränderten sich, sicherlich oftmals auch mit den Lebenswirklichkeiten und Arbeitsrealitäten von Menschen. Das heiße nicht, dass es nicht weiter klassische Vereine oder klassische Verbände gebe, die ihre Arbeit fortführten. Es gebe aber auch viele, die sich nicht langfristig an Vereine oder in Vereinen binden wollten und zunehmend digital arbeiteten. Hier passgenaue Lösungen zu finden, sei Teil dessen, was sie mit ihrer Engagementstrategie vorlegen wollten. Hier seien ein paar Ideen entwickelt worden, wovon sie holzschnittartig einige nenne.

Es gebe sogenannte Huckepack-Ansätze, mit denen man Leuten, die nicht unbedingt in einen Verein eintreten wollten, dennoch mit Vereinen vernetzen könne und sie für ein zeitweises gemeinsames Engagement gewinnen könne und auch die Erfahrung von längerfristig etablierten



Organisationen für dieses Engagement nutzbar machen könne.

Sie bauten Wettbewerbe aus. Diese seien keine Projektförderung im klassischen Sinne, es gebe dadurch aber die Möglichkeit durch das Gewinnen von Wettbewerben beispielsweise die finanzielle Unterstützung ihres Engagements zu stärken.

Sie verstärkten neue Vernetzungs- und Matchingformate zwischen etablierten Organisationen, Vereinen und informell Engagierten. Das sei vielleicht ein schwieriger Ausdruck, sie meine diejenigen, die eher punktuell oder für ein Thema dabei sein wollten. Sie versuchten, den Austausch der Akteure mit all ihren Erfahrungen zu stärken und zu fördern. Als Beispiel nenne sie hier auch die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt.

Digitalisierung sei ein wichtiger Punkt, dem sie Rechnung tragen wollten und müssten. Das habe auch damit zu tun, dass sie beispielsweise auch an ihrer Servicestelle die Digitalisierung von Förderanträgen vorantrieben. Das sei wichtig, weil es auch viel mit Bürgerfreundlichkeit zu tun habe, dass Antragsteller sehr zeitnah einfach einsehen könnten, wo sie mit ihrem Projekt stünden, was eventuell noch fehle und was nachgeliefert werden müsse. Hierzu hätten sie eine neue Software entwickelt, die jetzt zur Anwendung komme. Es gebe keine Software, bei der am Anfang der Teufel nicht auch im Detail stecke. Sie wollten natürlich eine auf digitaler Ebene sehr leichte Zugangsmöglichkeit. Auch von der Servicestelle sei der Wunsch formuliert worden: „in fünf Minuten mit fünf Klicks zu 500 Euro“. Dies sei der Slogan für kleine und auf Individuelles zugeschnittene Unterstützungsformate.

Sie wüssten, dass das alles rechtssicherer Rahmenbedingungen bedürfe. Deshalb müssten sie sich auch damit auseinandersetzen. Es sei nicht immer einfach, Förderrichtlinien entsprechend anzupassen, um dieses leichtere Engagement möglich zu machen. Das würden sie auch in Zukunft im Austausch mit anderen Engagierten und anderen Teilbereichen gemeinsam diskutieren müssen.

Die an der Bürger\*innenwerkstatt beteiligten Menschen seien der Ansicht gewesen, dass es

wichtig sei, dieses Austauschformat fortzuführen. Das wolle das BMZ auch anbieten. Die nächste Werkstatt finde bereits am 28. November in Bonn statt, eine weitere Werkstatt finde am 6. Dezember in Berlin statt. Die Themen seien Anerkennungskultur sowie Vielfalt und Diversität im Engagement. Diesen Dialog fortzusetzen und zu intensivieren sei ihnen wichtig.

Zur Haushaltslage sage sie ausnahmsweise nichts. Die Haushaltslage sei bekannt, könnten sie aber gerne auch diskutieren. Was sie hier gesagt habe und was in der Strategie angezeigt sei, sei etwas, das das BMZ aus eigenen Mitteln stemmen könne. Alles, was eine Ausweitung des Engagements erfordern würde, das gelte insbesondere für die Austauschprogramme, die Freiwilligenprogramme oder die Entsendeprogramme, sei abhängig von der Haushaltslage. Es sei wünschenswert, wenn sie die Entsendesituation durch entsprechende finanzielle Ausstattung verbessern könnten, denn diese trage zur Verbesserung des Engagements im Nachgang weiter bei.

Die **stellv. Vorsitzende** dankt herzlich für den Input. Sie äußert, dass sie üblicherweise ein paar Fragen sammeln.

Abg. **Ariane Fäscher** (SPD) äußert, dass sie zunächst eine Frage zu den Servicestellen habe. Seien diese im Zuge der Strategie erdacht und eingerichtet worden? Wenn ja, mit welchem Schwerpunkt und mit welcher Ausstattung? Was seien ihre Kernaufgaben, immer unter dem Gesichtspunkt, den Zugang zum Engagement so einfach wie möglich zu gestalten?

Ein weiterer Punkt, den sie gerne näher beleuchten würde, sei die Frage der Finanzierung. Wenn sie es richtig verstanden habe, dann orientiere sich die Strategie des BMZ auf das im Rahmen des heutigen Regulariums Machbaren. Die Abgeordneten hätten sich als Langfristperspektive vorgenommen, auch Dinge, die schwer seien, zu versuchen und zu verändern, um Zugänglichkeit und Finanzierung leichter zu ermöglichen. Wenn man das Beispiel nehme, in fünf Minuten mit fünf Klicks zu 500 Euro zu kommen, wie müsse das abgerechnet werden? Oder gebe es die Möglichkeit zu Vertrauensbudgets oder Kleinstbudgets zu kommen, die man nicht mehr abrechnen müsse, um so das



Engagement zu stärken?

Schließlich sei auch ein Matching im Sinne eines Hucksack-Systems angesprochen. Welche Möglichkeiten gebe es noch, Netzwerke insgesamt zu stärken? In dem Dreivierteljahr, in dem sich die Abgeordneten jetzt in diesem Themenfeld bewegten, habe sie den Eindruck, dass es in der Natur der Sache liege, dass Engagement ein Stück weit Nabelschau sei. Es finde sich eine Gruppe zusammen, die ein bestimmtes Anliegen befördern wolle. Derer gebe es in der Bundesrepublik wahrscheinlich noch 10, 20 oder 50 weitere, die aber nichts voneinander wüssten. Als Staat würden sie es dauerhaft nicht stemmen können, lauter wünschenswerte Strukturen strukturell zu unterstützen. Wie sei da die Diskussionslage im BMZ? Was könnten die Abgeordneten noch an Ideen für die Bundesengagementstrategie mitnehmen, was die Fragen der langfristigen Netzwerkstabilisierung und Hauptamt stärkt Ehrenamt betreffe? Das korrespondiere möglicherweise mit der ersten Frage der Servicestelle. Wie habe das BMZ das gedacht und aufgestellt?

Abg. **Gökay Akbulut** (DIE LINKE) dankt für den Bericht und äußert, dass sie eine Frage zum internationalen Engagement habe. Vor Corona hätten sie mehrere Fälle erlebt, in denen Jugendliche aus den afrikanischen Staaten gar kein Visum bekommen hätten. Obwohl alle Unterlagen vollständig gewesen seien, habe es Probleme gegeben. Begründung sei gewesen, dass die Rückkehrbereitschaft fehle. Das könne man aber nicht einfach pauschal auf alle übertragen. Wie seien die bisherigen Erfahrungen des BMZ mit Visaanträgen für den internationalen Austausch? In dem Bereich seien die bürokratischen Hürden hoch, was beispielsweise Antragsfristen betreffe. Gebe es Überlegungen, diese Hürden zu senken und diese Prozesse zu vereinfachen?

Abg. **Leon Eckert** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) dankt und fragt, ob die Staatssekretärin etwas Einzigartiges aus dem Engagement der Entwicklungshilfe habe, was sie den Abgeordneten für ihre Engagementstrategie mitgebe?

Gebe es einen Ansatz, Angebote so zu bündeln und von Bürger\*innen aus zu denken, dass diese

sich nicht mehr durch eine Website klicken müssten, sondern es einen Punkt gebe, an dem man alles finde? Es sei ja wünschenswert, wenn das nicht das BMZ alleine mache, sondern alle zusammen.

Die Anerkennungskultur sei angesprochen. Was bedeute das konkret? Was werde da gedacht? Gebe es Überlegungen, dass eine Auszeichnung gestiftet werde oder gewisse Events organisiert würden? Das müsse nicht final sein, er wolle einen Eindruck bekommen, was in diese Richtung gedacht werde.

PSSt'in **Dr. Bärbel Kofler** (BMZ) äußert, dass sie mit Engagement Global beginne, weil dies die Stelle sei, die bei ihnen dafür zuständig sei, zivilgesellschaftliche Anträge zu bearbeiten. Dort seien auch Kleinstförderungen vorgesehen. Angegliedert sei auch die Servicestelle der Kommunen in der „Einen Welt“. Das zeige das Spektrum der Themen und Menschen, die Anträge stellten.

Die Frage der Abg. Fäscher habe gezeigt, dass ihr Punkt der Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit von Engagement richtig sei, denn es sei eine sehr etablierte Institution. Der Name habe sich vor etwa zehn Jahren geändert. Früher habe es „bengo“ gegeben, das sei in der gesamten Struktur aufgegangen. Diese sei die Servicestelle, die alle begleiten solle, die im internationalen entwicklungspolitischen Bereich Projekte hätten, und führe auch die Förderkriterien durch. Außerdem sei sie ein Ort der Schulung der Engagierten, damit diese mit den Förderrichtlinien, die es so gebe, nicht alleingelassen würden. Auch sei sie für die Vernetzung zuständig. Das zeige, dass sie eine zentrale Rolle in ihren Gedanken habe und sie die Stelle auch entsprechend ausstatten müssten.

Sie sei letzte Woche erst bei Engagement Global in Bonn gewesen. Die Software sei ersetzt. Das sei ein Beispiel, das sie für nicht unerheblich erachte, denn am Ende des Tages gehe es darum, ob man fünf Mal anrufen und schauen müsse, wo das Projekt gerade sei und wer mit wem kommuniziere, wenn ein Beleg noch fehle. Das solle auch ein Beitrag zur Bürgerfreundlichkeit sein.



Das Problem, das vermutlich alle anderen im zivilen Bereich der Engagierten sähen, sei die Frage, ob die rechtlichen Rahmenbedingungen stimmten und passten. Sie formuliere das gerne auch als Bitte an die in den anderen Ressorts für entsprechendes Engagement Zuständigen, hier das BMZ mitzudenken. Sie spreche aber auch das Angebot aus, sich hier gemeinsam an der Frage anzudocken, wie sie Förderbedingungen so verändern könnten, dass sie einerseits Transparenz herstellten, es gehe um Steuergelder, und andererseits Engagement aber auch nicht abwürgten oder unmöglich machten. Hier einen gangbaren Mittelweg zu finden, sei von großem Interesse für sie und sie brächten sich gerne entsprechend ein.

Das BMZ habe derzeit einen Engagementpreis, der in der letzten Woche verliehen worden sei. Dieser zeichne eine Bandbreite von Menschen, auch Einzelpersonen aus, die sich entweder mit konkretem Handeln oder auch einem langfristigen politischen Engagement eingesetzt hätten. Ob das einzigartig für die Entwicklungszusammenarbeit sei, wisse sie nicht. Die meisten in diesem Bereich engagierten Menschen hätten diesen Zweiklang aus konkreten praktischen Maßnahmen in Projekten mit Partnern irgendwo auf der Welt, die sie über Jahrzehnte hinweg betrieben und zu einer Verbesserung von konkreten Lebenssituationen beitragen, kombiniert mit einem langfristigen politischen Engagement, das im Inland unter dem Aspekt Bildungsarbeit gesehen werden könne. Dort spreche beispielsweise darüber, was sich im Inland verändern müsse. Was müsse man gemeinsam tun, um Schwierigkeiten und große Herausforderungen auch in anderen Ländern begegnen zu können? Aus dieser Kombination des Blicks auf die Welt komme der Slogan „Global denken, lokal handeln“. Das lasse sich exemplarisch in der Entwicklungszusammenarbeit zeigen.

Viele „Eine-Welt-Vereine“ litten darunter, dass die Engagierten immer älter würden. Die Frage der Demografie und wie man das Engagement weiter betreiben könne, spiele in diesem Zusammenhang eine Rolle. Das gelte gerade auch bei den vielen Weltläden, die zu normalen Berufstätigen-Zeiten geöffnet hätten.

Visafragen seien ein grundsätzliches Problem. Sie sage ganz offen, dass sie das als BMZ alleine nicht

lösen würden. Das sei nicht einfach. Sie glaube, dass sie überhaupt zu einfacheren und transparenteren Verfahren kommen müssten, auch im Visabereich. Je nach Land sei die Visafrage unterschiedlich. Es gebe Länder, in denen es sehr schwierig sei, und Länder, in denen es kein großes Problem sei.

Es sei erfreulicherweise gelungen, die Entsendedienste, wie weltwärts, die ursprünglich als Nord-Süd-Dienste gedacht gewesen seien, aufzubrechen und auch Menschen aus dem globalen Süden nach Deutschland zu bekommen und hier an Programmen und entsprechendem Austausch teilnehmen lassen zu können. Das Ganze werde über Pauschalsätze bei Entsendeorganisationen abgewickelt. Wenn sie mehr entsenden oder mehr aufnehmen wollten, sei das eine Frage der Finanzausstattung bei den Entsende- und Aufnahmediensten. Sie betone, dass dem BMZ in diesem Kontext die Süd-Nord-Komponente sehr wichtig sei.

Zur Anerkennungskultur habe sie gerade schon den Engagementpreis genannt. Daneben gebe es gerade für Jugendliche entsprechende Komponenten. Inzwischen gebe es Schüleraustausche und Schülernetzwerke. Dort gebe es auch Wettbewerbe, in denen sich Schüler in einem Austausch zu einem gemeinsamen Projekt zusammenfinden könnten, welches entsprechend begleitet werde. Auch hier gebe es entsprechende Preise. Das reiche aber nicht, es gehe manchmal auch mehr um ein Gefühl, das man dem Land vermittele. Nach dem Motto, dass diejenigen, die sich engagierten, nicht die Dummen seien, sondern etwas Entscheidendes für die Gesellschaft seien. Das wollten sie bei den Workshops im November und Dezember in Bonn und Berlin in den Mittelpunkt stellen. Die Frage sei, wie man diese Anerkennungskultur stärken könne. Sie erwarteten, dass aus den Werkstätten mit den Bürgerinnen und Bürgern Anregungen kämen, die sie gerne aufnahmen und umsetzten.

Abg. **Martin Reichardt** (AfD) äußert, dass das BMZ schreibe, in seinem feministischen Ansatz auch Machtstrukturen zu hinterfragen und darauf poche, dass diskriminierende Rollenbilder und soziale Normen hinterfragt würden. Hätten sie das



so zu verstehen, dass das BMZ in Ländern, in denen das wissenschaftlich richtige Bild, dass beispielsweise nur Mann und Frau Kinder bekommen könnten und es nur zwei Geschlechter gebe, vorherrsche, erklären wolle, dass es mehrere Geschlechter gebe und den ideologischen Ballast, den sie alle mit sich herumtrügen, dorthin zu exportieren?

Man sehe gerade in Afrika, dass dort der Einfluss Europas und die kulturelle Hegemonie Europas im Schwinden sei. Umstürze, Putschversuche und ähnliches sei dort an der Tagesordnung. Sehe die Staatssekretärin hier einen Zusammenhang mit einer ins Falsche verrutschten Entwicklungszusammenarbeit? Einer, die in einen ideologiegetriebenen feministischen Kulturchauvinismus abgeleite?

Abg. **Ralph Edelhäußer** (CDU/CSU) fragt, was nach Meinung der Staatssekretärin die zentrale Idee sei, von der die Bundesengagementstrategie weltweit profitieren könne? Was müssten sie unbedingt drin haben, damit das draußen wieder verstanden werde und nicht bloß hier?

Wo seien Grenzen dessen, was man gerne machen würde, was man aber nicht umsetzen könne?

Abg. **Martin Gassner-Herz** (FDP) äußert, dass sich das BMZ einerseits bemühe, mit der Engagementstrategie das einheimische Engagement für den Einsatz im Ausland fit zu kriegen und andererseits gehöre es zur Entwicklungszusammenarbeit dazu, Zivilgesellschaften im Ausland zu stärken. Wie spiele das zusammen? Wie seien da die Kräfteverhältnisse? Lasse sich das überhaupt getrennt sehen oder sei das das Gleiche? Wenn sich das getrennt sehen lasse, wie seien da die Kräfte- und Mittelansätze des BMZ? Machten sie erst ihre Leute im Inland fit, damit sie dann nach außen wirken könnten? Oder sei der Schwerpunkt im entwicklungszusammenarbeitlichen Tun vor Ort?

Abg. **Ariane Fäscher** (SPD) äußert, dass sie zum Thema Anerkennung noch mal untersetzend nachfrage: Welche Formen der Anerkennung? Das seien jetzt überwiegend Wettbewerbe und Preise gewesen. Die Abgeordneten dächten im Unterausschuss auch schon in Richtung „social skills“ im Sinne von Bewerbungsvorteilen für Ausbildungen

oder die Verkürzung von Wartezeiten für ein Studium. Seien da weitreichendere Dinge beim BMZ schon in der Diskussion? Ihre Fantasie, von vielen Stellen schon abgelehnt, sei, für nachhaltiges gesellschaftliches Engagement auch Rentenpunkte zu bekommen.

Welche Rolle spiele die BMZ-Strategie für das Gewinnen von Fachkräften aus anderen Ländern für den deutschen Arbeitsmarkt?

Was wünsche sich die Strategie des BMZ von der Bundesengagementstrategie? Was solle untersetzt, unterfüttert, mitgenommen oder verstärkt werden? Vielleicht sei das etwas, zum Mitnehmen und nochmal schriftlich beantworten, aber das bewege die Abgeordneten im Unterausschuss.

PSSt'in **Dr. Bärbel Kofler** (BMZ) äußert, dass sie gerne auf das Angebot zurückkomme, das nochmal mit in ihr Haus zu nehmen. Sie hätten jetzt eine Strategie aufgelegt, die noch nicht so sehr auf die Vernetzung zwischen den Häusern ziele oder herausarbeite, wie sie das in den gemeinsamen Kontext brächten. Es sei aber ein wichtiger Punkt, der angesprochen sei. Sie nehme das nochmal mit, um zu sagen, was es denn sei, wo sie nochmal gemeinsam unter verschiedenen Ressorts agieren könnten. Die entwicklungspolitisch Engagierten brächten einen Blickwinkel und einen Diskurs mit, der auch in der Gesellschaft von großer Bedeutung sein könne, weil es Menschen seien, die große Erfahrung mit anderen Kulturen in anderen Ländern gesammelt hätten und dies mit anderen Freiwilligen, denen diese Erfahrung, aus verständlichen Gründen, fehle, teilen könnten und damit zu einem positiven gesellschaftlichen Diskurs beitragen könnten.

Zu der Frage, wie gerne Menschen aus anderen Ländern zu ihnen kämen, gehöre auch die Frage, ob diese Menschen das Gefühl hätten, dass man hier dann auch ankommen könne. Sei Integration möglich, komme man am Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft an? Für diesen Bereich spielten viele in der „Eine Welt“-Szene Engagierte eine wichtige Rolle. Das seien oft Menschen, die sich beispielsweise auch im Bereich der Integration oder des Spracherwerbs bemühten. Kontakte seien vielfältig und das Engagement wachse über verschie-



dene Ebenen zusammen. Das sei auch für die Integrationsarbeit im Inland ein interessanter Aspekt, den man mitdiskutieren könne. Diesen Punkt wolle sie gleich nennen, bevor sie nochmal in der Detailfassung im Haus miteinander diskutieren könnten.

Sie äußere sich zur Zivilgesellschaft oder generell nochmal, weil die Frage relevant sei und auch mit den Grenzen, die sie hätten, zu tun habe. Sie förderten die deutsche Zivilgesellschaft, also Vereine, Menschen, Einzelpersonen und Träger im Inland, aber nicht für deren Tätigkeit im Inland. Die Aufgabe sei meistens, wie man in Eine-Welt-Läden sehe, wo es Bildungsarbeit zu den Nachhaltigkeitszielen, dem Klimawandel, bestimmten Regionen oder Handelsfragen gebe, mit Partnern im Ausland zu arbeiten. Diese zivilgesellschaftlichen Partner befänden sich in verschiedensten Regionen dieser Erde. Die Förderung der Zivilgesellschaft in anderen Ländern funktioniere an der Stelle oft über die deutsche Zivilgesellschaft. Das BMZ könne aber auch über staatliche Durchführer und staatliche Träger fördern und unterstützen. Über die GIZ oder andere könnten sie mit der Zivilgesellschaft konkret vor Ort arbeiten. Was sie nicht könnten, sie hätten es diskutiert, das sei aber noch nicht der Weisheit letzter Schluss, sei, etablierte zivilgesellschaftliche Organisationen im Ausland direkt zu fördern, auch dann nicht, wenn diese bereits jahrelang mit einer deutschen Partnerorganisation zusammenarbeite. Das gehe nach den bisherigen Förderrichtlinien nicht und sei sicher eine Grenze, über die sie reden müssten. Der Punkt, wie Förderrichtlinien gestaltet seien, betreffe nicht nur ihr Haus. Seien sie so gestaltet, dass sie einerseits Transparenz für die Verwendung von Steuermitteln böten und andererseits aber auch das Engagement nicht behinderten? Das sei gerade in dem Bereich des von wenigen getragenen Engagements ein wichtiger Punkt.

Wenn sie jetzt die Zeit habe, mache sie einen grundsätzlichen Vortrag zum Thema, wie Entwicklungszusammenarbeit funktioniere. Sie führen nicht in andere Länder und sagten den Menschen, was sie zu tun und zu denken hätten, sondern machten Verhandlungen mit den Ländern. Sie hätten jedes Jahr Regierungsverhandlungen mit ihren 65 Partnerländern, in denen sie sich genau austauschten, was die Prioritäten der Partner

und die eigenen Prioritäten seien. Anhand dieser Prioritäten arbeiteten sie. Sie seien auch nicht der kulturellen Hegemonie Europas verpflichtet, sondern der Frage, welche Entwicklungsschritte nötig seien, um Menschen in anderen Teilen dieser Erde ein menschenwürdiges Leben und ein Leben in Würde und Anstand zu ermöglichen und welche Beiträge könnten sie dazu leisten. Sie diskutierten mit unterschiedlichsten Partnern weltweit über Fragen, wie sie globale Probleme lösen könnten. Als Stichworte nenne sie das Thema Klimawandel, Pandemien oder wie man zur Stabilisierung von Staaten beitragen könne.

Selbstverständlich seien sie dabei den Menschenrechten verpflichtet. Das hätten nicht nur sie, sondern auch sehr viele der Länder unterzeichnet, mit denen sie zusammenarbeiteten. Sie gehe immer noch davon aus, dass die Menschenrechte unteilbar seien und dass da sogar Frauen dazugehörten. Sie seien dieser Thematik verpflichtet und arbeiteten in ihren Projekten selbstverständlich sehr gerne und in einem großen Anteil mit Frauen. Sie arbeiteten aber selbstverständlich auch mit den Männern vor Ort und verstünden feministische Entwicklungspolitik als etwas, das alle Menschen einbeziehe, einen inklusiven Ansatz habe. Sie betone es, wenn diese Strukturen nicht vorhanden seien. Natürlich sei es ihr Wunsch, dass alle Menschen einbezogen werden könnten. Das sei auch für eine nachhaltige Entwicklung wichtig. Über so etwas diskutierten sie bei Regierungsverhandlungen. Es werde aber immer unterstellt, dass sie in irgendeinem Dorf, in dem die Menschen ums Überleben kämpften, mit ihnen erst mal eine Grundsatzdebatte führten. Das sei falsch. Dort ginge es um die Fragestellungen, die vor Ort mit den Menschen zu bearbeiten seien. Natürlich erfolgten alle ihre Maßnahmen kulturangepasst.

Die **stellv. Vorsitzende** dankt und äußert, dass es nochmal wichtig gewesen sei, festzustellen, dass sie versuchten, jeden Menschen in seiner Individualität zu sehen und zu fördern und dafür gute und gerechte Rahmenbedingungen überall auf der Welt zu schaffen.

Abg. **Martin Reichardt** (AfD) äußert, dass die Staatssekretärin sehr schön ausgeführt habe, dass sie für alle Menschen und selbstverständlich auch für Frauen eintrete. Er müsse dann eine etwas



weiter reichende Frage stellen. Wie verstünden sich die Waffenlieferungen an Arabien mit dieser feministischen Strategie? Die Waffen würden ja in ein Land geliefert, das sie als Land betrachten müssten, selbst wenn man kein Feminist sei, in dem Frauenrechte quasi nichts gelten würden.

PStS'in **Dr. Bärbel Kofler** (BMZ) äußert, dass dies hier den Rahmen sprengen würde. Sie sei Vertreterin des BMZ. Sie exportierten keine Waffen. Sie hätten auch keine Entwicklungszusammenarbeit mit Saudi-Arabien. Sie setzten sich für friedliche Lösungen ein. Sinn und Zweck der Entwicklungszusammenarbeit sei es, Brücken zu bauen mit anderen Regionen der Erde, um zu friedlichen Lösungen beizutragen. Sie setzten dabei insbesondere auf Frauen, weil Frauen, durch viele wissenschaftliche Studien nachgewiesen, diejenigen seien, die Friedensprozesse voranbrächten und ausgehandelte Friedensprozesse länger wirksam machen ließen.

Für eine Frage in dem Kontext, wie Abg. Reichardt sie hier gestellt habe, brauche man ein anderes Format. Sie habe verstanden, dass sie zur Engagementstrategie sprechen solle und nicht zur grundsätzlichen Ausrichtung der deutschen Außen-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik.

Die **stellv. Vorsitzende** äußert, dass sie noch ein paar Minuten hätten, falls die Staatssekretärin noch etwas mitzugeben oder zusammenzufassen habe. Ansonsten sei es ein großer Wunsch, dass sie insgesamt in die Ressortverzahnung kämen. Sie habe am Anfang schon ausgeführt, dass sie eine sehr gute Zusammenarbeit inzwischen zwischen Familienministerium, Landwirtschaftsministerium und Innenministerium, und was die Engagementfragen angehe, auch Justiz und Finanzen eingebunden seien, hätten. Sie plädiere nochmal dafür, vom Individuum aus zu denken und nicht zu fragen, wie der Mensch in ihren Rahmen passe, sondern zu fragen, wie sie den Rahmen so bauten, dass er für den Menschen passe. Es sei eine Überforderung, das auf einen Knopfdruck abliefern zu sollen. Sie bitte aber herzlich darum, im Gespräch zu bleiben, sodass sie sich weiter austauschten bzw. die Fachebene das über die Ressorts hinweg mit aufnehmen.

Abg. **Johannes Steiniger** (CDU/CSU) dankt der

Staatssekretärin und äußert, dass er die Broschüre gelesen und auf Seite 23 unten einen interessanten Punkt gefunden habe. Dort gehe es um die Frage von Diversität. Wer seien diejenigen, die sich bezogen auf die weltwärts-Freiwilligen engagierten? Er zitiere: „Die Mehrheit ist weiblich, hat Abitur, wählt ein sozialwissenschaftliches Studium und ist in den alten Bundesländern aufgewachsen. Unter den Engagierten sind kaum Menschen mit Migrationsgeschichte.“ Was mache das Ministerium, um auch mehr Männer, die einen Ausbildungsberuf gemacht hätten und aus den neuen Bundesländern kämen, die Möglichkeit zu geben oder sie zu begeistern, an einem solchen Programm mitzumachen?

PStS'in **Dr. Bärbel Kofler** (BMZ) äußert, dass das eine hervorragende Frage sei. Sie hätten von Anfang an gewollt, junge Menschen mit einer Ausbildung im Handwerk oder was auch immer in diese Freiwilligendienste zu bekommen. Das sei mittlerweile durchaus eine Qualifikation, die ihnen am Arbeitsmarkt in verschiedensten Kontexten helfen könne, weil auch für sie immer mehr internationales Knowhow und Wissen wichtig sei. Das sollten sie auch nochmal gemeinsam mit anderen Ressorts diskutieren. Das könnten sie als BMZ allein gar nicht.

Sie habe letzte Woche mit Vertretern von Entscheideorganisationen diskutiert. Diese versuchten mittlerweile alles Mögliche, um an Berufsschullehrer heranzutreten, auch mit Kontakten, die man habe zur Wirtschaft oder verschiedensten Verbänden, um ins Gespräch zu kommen. Am Ende des Tages sei die Frage, wie die Bereitschaft von Arbeitgebern sei, jemanden auch mal ein Jahr oder ein halbes Jahr in den anderen Kontext zu entlassen. Könne man das am Arbeitsmarkt organisieren? Dazu brauche es mehr Ressorts als das BMZ. Das müsse man mit dem Gesetzgeber allgemein, dem BMAS, dem Familienressort und anderen nochmal besprechen. Es stehe deshalb in der Broschüre, weil sie es auch als Mangel verstünden. So möchte sie es auch verstanden wissen. Das sei nicht nur bei ihnen die Frage. Es sei bei europäischen Programmen leider auch oft so, dass eher Studierende erreicht würden und nicht die, die in einer Ausbildung seien oder eine gemacht hätten. Es sei ihnen wichtig, auch mit den Partnern in der Wirtschaft nochmal zu sprechen. Sie



gebe aber unumwunden zu, dass das noch eine Baustelle sei, an der sie hoffentlich gemeinsam arbeiten könnten.

Abg. **Ralph Edelhäuser** (CDU/CSU) äußert, dass sie schon viele Termine zusammen gehabt hätten. Er habe gerade nochmal nachgeschaut und es gebe in Bayern die Stiftung Jugendaustausch Bayern. Diese Stiftung habe Geld vom Freistaat bekommen und unterstütze Jugendliche und junge Erwachsene, um Englisch zu lernen, um leichter den Schritt in eine internationale ehrenamtliche Tätigkeit zu tun. Er habe sich das jetzt angeschaut, letztes Jahr habe es das Geld gegeben für dieses Jahr. Das sei bei ihm im Wahlkreis in der Jugendherberge vom CVJM organisiert. Es sei dann so gewesen, dass wieder genau die Kinder aus besseren Häusern mit Abitur, die in dem Fall vielleicht auch einen christlichen Hintergrund hätten, hingegangen seien. Es habe im ersten Jahr also noch nicht so richtig geklappt, diejenigen, die aus der Hauptschule, der Mittelschule oder der Realschule kämen, oder schon die Berufsschule gemacht hätten, und dann sagten „Englisch kann ich nicht so gut“, das werde gefördert und man müsse nicht 600 Euro in der Woche zahlen mit tollem Rahmenprogramm, zu erreichen.

Wie setzten sich die Bürgerinnen- und Bürgerwerkstätten zusammen? Sei das so ähnlich wie bei Bürgerräten oder auch Bürgerversammlungen? Kämen die Bürgerinnen und Bürger aktiv auf das BMZ zu und sagten, dass sie gerne mitmachen würden?

PStS'in **Dr. Bärbel Kofler** (BMZ) äußert, dass sie zu den Fragen eine Kollegin aus dem BMZ begrüße, weil diese das im Detail besser beantworten könne.

**Sandra Groß** (BMZ) äußert, dass sie die Bürgerwerkstätten im letzten Jahr zum ersten Mal durchgeführt hätten. Die Auswahl erfolge in diesem

Jahr, genauso wie im letzten Jahr, über alle öffentlichen Kanäle. Sie teilten die Informationen über ihre Durchführungsorganisation, ebenso aber auch über Social Media. Sie schrieben auch die anderen Ministerien an, brächten das so in die Breite und erfreuten sich dann der hohen Nachfrage.

Letztes Jahr sei sozusagen ein Probelauf gewesen. Sie hätten etwa 80 Personen pro Werkstatt und ebenfalls zwei Termine gehabt. Gleiches werde auch in diesem Jahr erwartet. Sie machten das auf Fachebene, dementsprechend seien auch die Kapazitäten begrenzt. Sie strebten auch dieses Jahr wieder 80 bis 100 Personen pro Werkstatt an, im BMZ an den beiden Standorten in Bonn und Berlin.

PStS'in **Dr. Bärbel Kofler** (BMZ) äußert, dass diese am 28. November in Bonn und am 6. Dezember in Berlin stattfinden würden.

**Sandra Groß** (BMZ) äußert, dass sie bei Interesse weitere Informationen gerne teilten.

Die **stellv. Vorsitzende** äußert, dass das überdurchschnittliche Engagement von sehr gut ausgebildeten Frauen in besserer gesellschaftlicher Stellung ein Phänomen sei, das sie im gesamten Integrationsengagement feststellten. Das scheine ein strukturelles Thema zu sein und es lohne sich sicherlich, dort nochmal gezielt nachzufassen, woran das liege und wie man das ändern könne.

Sie dankt den Vertreterinnen des BMZ herzlich für das Ausführen, das Hiersein und für die interessanten Impulse für die Bundesengagementstrategie.

Sie wünscht allen Anwesenden einen schönen Abend und schließt die Sitzung.

Schluss der Sitzung: 17:30 Uhr

Ariane Fäscher, MdB

**Vorsitzende**